

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 80 38/39
Telex: 8 86 846 pbbn d



Inhalt

Freimut Duve MdB zu den
Strauß-Äußerungen über das
Folterregime in Chile: „Un-
feine Methoden“?

Seite 1

Renate Schmidt MdB zieht
ein Resümee des Frauen-
Hearings im Deutschen Bun-
destag: Wir werden uns
nicht mit Appellen begnü-
gen!

Seite 3

Franz-Josef Müller zum 70.
Geburtstag von Inge Aicher-
Scholl: Engagiert mit sanf-
ter Radikalität.

Seite 6

42. Jahrgang / 149

10. August 1987

„Unfeine Methoden“?

Strauß nimmt Folterregime in Schutz

Von Freimut Duve MdB

Zimmermann, unser Verfassungsgarant, hatte sich die Sprache der Chile-Folterer schon zu eigen gemacht. Jetzt aber Strauß. Brennende Zigaretten auf den Körpern von Babies; Geständnisse nach zehn Tagen Folter und Morddrohungen gegen die nächsten Angehörigen; Unterschriften, ohne den Text des „Geständnisses“ gehört oder gesehen zu haben.

Für Strauß, den vom Volk gewählten Ministerpräsidenten Bayerns, sind das alles nur „unfeine Methoden“!

Die Bundesrepublik achtet Folter, da Folter jeden Rechtsstaat zerstört. Die Grundrechte und Grundwerte sind der Kernbestand unseres Grundgesetzes. Wer sie aushebelt, ist ein Verfassungsfeind. Wer dies als Inhaber von Staatsgewalt tut, rückt sich selbst in die Nähe von Verfassungsfeinden.

Was ist Franz Josef Strauß?

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Printed in Germany
with 100% recycled
recycling paper



Welche Sicherheit hat künftig eigentlich ein Untersuchungshäftling im bayerischen Polizeigewahrsam, wenn ein Ermittlungsbeamter eines Tages „unfeine Methoden“ anwendet und sich dann auf seinen obersten Dienstherrn beruft?

Welches Recht und welches Verfassungsverständnis wird künftig den Polizisten in Bayern beigebracht?

Strauß hat immer schon Folterer und Menschenschänder in Schutz genommen: Als die Obristen die griechische Demokratie töteten, war Strauß zur Stelle. Dem damaligen Wirtschaftsminister Makarazos wurde er ein enger Freund.

Nach Südafrika treibt es ihn immer wieder, er unterhält dort politische, wirtschaftliche und ideologisch-freundschaftliche Beziehungen.

Präsident Stroessner von Paraguay rühmt sich seiner Freundschaft. Mit ihm korrespondiert Strauß über die Direktlieferung von Militärflugzeugen.

Heute bezeichnet er den Generalstaatsanwalt der chilenischen Militärdiktatur als „korrekten Mann“: Das ist nicht das Geschwätz eines alternden Mannes, das ist die konsequente Logik eines politischen Lebens, das gegen den Geist der Toleranz, der Aufklärung und des Minderheitenschutzes gelebt wurde; gegen den Geist der Verfassung.

Chiles Geschundene und Mißhandelte haben bei Norbert Blüm eine Erschütterung ausgelöst; er hat sie der deutschen Öffentlichkeit übermittelt.

Jetzt kommt die Stunde der Wahrheit für ihn, für alle, die sich christlich, sozial und demokratisch nennen: Wie gehen sie mit den Strauß und Stoiber, den alten und neuen Verfassungsfremdlingen aus Bayern um?

(-/10.8.1987/rs/ka)

* * *



Wir werden uns nicht mit Appellen begnügen!

Die Frauen haben ein Recht darauf, wieder in den Beruf einzusteigen

Von Renata Schmidt MdB
Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion
Vorsitzende des Arbeitskreises Gleichstellung der Frau

Die Probleme von Frauen am Arbeitsmarkt, ihre schlechten Chancen, einen Ausbildungsplatz zu finden oder nach erfolgreich absolvierter Ausbildung in ein anschließendes Arbeitsverhältnis übernommen zu werden oder gar ihre Schwierigkeiten, nach Zeiten familiär bedingter Berufspause wieder in das Erwerbsleben einsteigen zu können, sind mehr als seitsem bekannt. Wenn beschäftigungs- und wirtschaftspolitisch nichts passiert, keine Konzepte, keine Programme und Kampagnen, für eine bessere Integration der Frauen in das Erwerbsleben sorgen und die ihnen der Zugang zu qualifizierten, sich künftig ausweitenden Berufen nicht gesichert wird, dann bleibt die Zukunft der Frauenerwerbsarbeit bis in das Jahr 2000, vermutlich noch darüber hinaus, so düster wie bisher. Weiterhin wird dann Jahr für Jahr ein kontinuierlicher Anstieg der Frauenerwerbstätigkeit mit überproportional hoher Frauenarbeitslosigkeit einhergehen. Die Konkurrenz am Arbeitsmarkt wird noch härter.

Die bisherigen arbeitsmarktpolitischen Steuerungsinstrumente haben versagt, beziehungsweise sind ausgereizt. Zehn Jahre nach Ingangsetzen der ersten Modellversuche zur beruflichen Ein- und Wiedereingliederung von Frauen in ein möglichst breites Spektrum von Berufen ist festzuhalten: bundesweit hat keine wirkliche Öffnung des männlichen Teilarbeitsmarktes auch für Frauen stattgefunden. Immer noch können nicht alle Frauen, die eine Berufspause eingelegt haben, in das Erwerbsleben zurückkehren. Damit sind zwei wesentliche Ziele dieser Modellmaßnahmen, nämlich dauerhafte qualifikationsadäquate Wiedereingliederung und Korrektur des geschlechtsspezifischen Arbeitsmarktes, nicht erreicht.

Das Arbeitsförderungsinstrumentarium kann aus Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit kaum weiter ausgebaut werden, ist dennoch verbesserungsfähig, damit Frauen mehr als bisher an Qualifizierungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen teilhaben können.

Die jüngste Anhörung der SPD-Bundestagsfraktion hat nachhaltig dargestellt: es sind noch sehr viele konkrete Maßnahmen nötig, um Frauen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen. Ein Beschränken auf Appelle, ein Verschieben der Verantwortung des Gesetzgebers auf andere gesellschaftliche Gruppen, zum Beispiel auf Gewerkschaften, Kommunen, Bildungseinrichtungen oder gar die Frauen selbst ist unangemessen.

Wir Frauen haben es satt, als Arbeitslose zweiter Klasse betrachtet zu werden, wir haben es satt, daß wir über uns reden und uns auch weitgehend einig sind, und diejenigen, die handeln sollten und könnten, nicht daran denken, das zu tun. Wir haben es auch satt je nach Konjunkturlage und den Bedürfnissen der Wirtschaft jeweils andere Lebensmodelle angeboten zu bekommen, wir haben es satt einmal die Lückenbüßer in der Produktion, dann die Hilfslehrerinnen der Nation zu sein, dann fehlende Pflegeeinrichtungen zu ersetzen, dann auf Ehrenämter verwiesen zu werden, dann wieder als Lückenbüßerinnen in der Bundeswehr mißbraucht zu werden, wenn wir Kinder bekommen den Männern zuliebe die Berufstätigkeit unterbrechen, wenn wir geschieden werden von denselben Männern gefragt zu werden, warum wir nicht endlich verdienen.

Wir haben die Experimente mit uns und unseren Kindern satt, wir wollen nicht, daß mit unserer Anpassungsfähigkeit Schindluder getrieben wird. Wir wollen unser Leben selbst bestimmen, nicht länger Doppel-, Drei- und Vierfachbelastungen hinnehmen, wir wollen, daß unsere Partner ihre Vaterrolle endlich wahrnehmen.



Nun, zwischen dem Wollen und dem Erreichen ist ein langer, manchmal zu langer Weg. In einer ersten Würdigung der Ergebnisse dieser Anhörung sind folgende Feststellungen und Forderungen wichtig für unser weiteres Handeln:

1. Frauen- und Mädchenarbeitslosigkeit hat andere Ursachen, nimmt einen anderen Verlauf als Männer- und Jugendarbeitslosigkeit. Wir brauchen deshalb eine gesonderte Analyse und fordern einen Frauenarbeitsmarktbericht.
2. Flexible, unternehmensorientierte Arbeitszeiten wie KAPOVAZ, Jobsharing, Arbeiter auf Abruf und ähnliches sind kein geeignetes Instrumentarium, um Erwerbstätigkeit und Kinderbetreuung miteinander zu vereinbaren.

Wir brauchen nicht - wie es Marlies Kutsch ausgedrückt hat - die arbeitsplatzgerechte Familie, sondern familiegerechte Arbeitsplätze, das heißt konkret Verkürzung der Arbeitszeit.

Notwendig ist auch die frauengerechtere Gestaltung der sogenannten 1 1/2 Personenberufe in den hochqualifizierten, häufig außertariflich bezahlten Führungs-, Leitungs- und Entscheidungsfunktionen. Diese Berufsarbeit darf nicht länger so organisiert sein, daß sie auf die Anforderungen der privaten Alltagsarbeit keine Rücksicht nimmt und daher Zuarbeiten und Hilfsdienste anderer Personen, meist der Ehefrauen, stillschweigend voraussetzt. Hier muß über tarifpolitische oder gesetzgeberische Maßnahmen endlich Chancengleichheit geschaffen werden.

3. Auch Teilzeitbeschäftigung wird von den Frauen nicht als Lösung gesehen, nur für rund ein Viertel der Mütter wird sie gewünscht. Frau Porsch vom Hausfrauenbund hat vom „ungeliebten Teilzeiterbeitsplatz“ gesprochen. Das schließt nicht aus, daß es für begrenzte Zeiträume die Möglichkeit der Teilzeitbeschäftigung und die Rückkehr zur Vollzeittätigkeit für beide Elternteile geben sollte und, daß Teilzeitbeschäftigung insoweit gesichert werden muß, als es keine versicherungsfreien derartigen Arbeitsverhältnisse mehr geben darf.
4. Motivationslehrgänge nach Paragraph 41 AFG werden von den Frauen als unzureichend empfunden, wenn sich nicht berufsqualifizierende Maßnahmen und eine Erwerbstätigkeit anschließt.
5. Die Zugangsvoraussetzungen zu AFG-Leistungen müssen verbessert werden. Wenn es möglich ist für Zeitsoldaten, die ja auch keine Beiträge gezahlt haben solche Möglichkeiten zu schaffen, müßte das auch für Frauen, die Kinder betreuen, möglich sein, zum Beispiel indem man in der Arbeitslosenversicherung analog zur Rentenversicherung Ausfallzeiten schafft. Diese müßten nicht über Beiträge, sondern durch Steuermittel finanziert werden.
6. Ein Ärgernis sind die mangelnden Kinderbetreuungsrichtungen: Es fehlen Kinderkrippen, Krabbelstuben, sozial abgesicherte Tagesmutterstellen, Kindergärten und Hortplätze, Ganztagschulen. Es soll geprüft werden, welchen Einfluß der Bund nehmen kann, um hier Verbesserungen zu erwirken.
7. Modellversuche zu Frauenproblemen enden trotz erfolgreicher Durchführung meist ergebnislos. Die Anschlußfinanzierung ist nicht gesichert. Die Zeit der Modellversuche muß jetzt zu Ende sein. Konkrete Maßnahmen auf Dauer sind gefordert, und zwar vom Gesetzgeber.
8. Alte Gesetze müssen danach durchforstet werden, ob sie Frauen benachteiligende Vorschriften enthalten. Jüngstes Beispiel: Die 8. AFG-Novelle soll eine Vorschrift enthalten, die die Ansprüche auf Arbeitslosengeld reduziert, wenn beim Übergang von Teilzeit- auf Vollzeitbeschäftigung und anschließender Arbeitslosigkeit nicht nachgewiesen werden kann, daß die Gründe für die Teilzeitbeschäftigung entfallen sind. Eine ausschließlich Frauen benachteiligende Vorschrift.



9. Das sogenannte Beschäftigungsförderungsgesetz muß weg; das arbeitsrechtliche EG-Anpassungsgesetz muß endlich so verschärft werden, daß durch Beweislastumkehr, Sanktionen, Schadensersatzleistungen aus einem Papiertiger ein Tiger mit Biß wird. In diesem Zusammenhang muß auch die Frage der Quotierung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen diskutiert und die von Benda aufgezeigten rechtlichen Gestaltungsmöglichkeiten, zumindest für den Bereich des öffentlichen Dienstes, endlich umgesetzt werden. Gemeinsam mit allen Beteiligten sind Kampagnen zu entwickeln, zum Beispiel intensiviert Bildungswerbung für die sogenannten High-Tech-Berufe oder Stipendien-Programme mit staatlicher Unterstützung aufzulegen, um die Berufsentscheidungen der Frauen gerade für zukunftssträchtige, technisch-naturwissenschaftliche Berufe zu fördern.
10. Der Elternurlaub muß erweitert werden, die Bezahlung muß sich am vorhergehenden Einkommen orientieren, die Männer müssen sich daran beteiligen. Die Rückkehr nach Zeiten der Familienarbeit in den Betrieb ist organisatorisch zu bewältigen. Für Kleinbetriebe wäre es denkbar, ähnlich wie bei Ausbildungsverbänden, regionale Zusammenschlüsse zu bilden.
11. Qualifikationen, die Frauen während ihrer Familienarbeitszeit erwerben, müssen bei Zugangsvoraussetzungen zu Bildungsmaßnahmen berücksichtigt werden.

Wie Frau, Mann zur Übernahme seiner Vaterpflichten bringen kann, dazu müssen noch Lösungswege erarbeitet werden.

Erwähnenswert sind meines Erachtens zwei Vorschläge:

1. Die Aufnahme von Lehrinhalten zu partnerschaftlicher Aufteilung der Familien- und Hausarbeit für Wehr- und Zivildienstleistende.
2. Der obligatorische Hauswirtschaftunterricht für beide Geschlechter in allen Schultypen.

Hinzu kommt endlich die Realisierung unserer Uraltforderung nach Abschaffen rollenspezifischer Darstellungen in Schulbüchern.

Daß darüber hinaus auch Andere aufgefordert sind etwas zu tun, ist ebenfalls eine Selbstverständlichkeit.

Die mangelnde Repräsentanz von Frauen in den Selbstverwaltungsorganen und Tarifkommissionen ist mehr als nur ein Ärgernis; es verhindert das Ernstnehmen von frauenspezifischen Problemen.

Wir werden nicht zulassen, daß ein gesamtgesellschaftliches Problem zum individuellen Problem einzelner Frauen gemacht wird. Für uns wird diese Anhörung Anlaß sein zu handeln, wir werden uns nicht mit Appellen begnügen!

(-/10.8.1987/rs/ks)

* * *

Inge Aicher-Scholl wird 70

Die Überlebende der Weißen Rose engagiert sich mit sanfter Radikalität

Von Franz-Josef Müller
Teilnehmer der Weißen Rose

Inge Aicher-Scholl wird 70 Jahre alt....

Mehr Grund zurückzudenken als bei anderen Menschen: Bis 1945 ist sie eine „Scholl“. Ist Schwester von Hans und Sophie, die Roland Freisler an einem kurzen Tag, dem 22. Februar 1943, vor dem Volksgerichtshof „verhandelte“, aburteilte und hinrichten ließ - ist Schwester von Werner Scholl, 1924 geboren, der als Soldat in der UdSSR verschollen ist, - ist die Tochter von Robert Scholl, dem Mann, der sein Haupt vor dem braunen Terror auch im Gefängnis nicht beugte und nicht den Mund hält vor dem Volksgerichtshof, - ist die Tochter von Magdalene Scholl, die der Mord an den geliebten Kindern früh ins Grab brachte.

Inge, selbst angeklagt, den ständigen „Maßnahmen“ der Gestapo und Partei unterworfen, erfuhr das Abwenden der Bekannten, ja auch mancher „Freunde“. Die Scholls waren zu outlaws geworden, mit denen man keine Berührung haben wollte. Der „Ulmer Sturm“ schrieb: „Volkschädlinge hingerichtet.“

Was für eine Familie.

Zurückdenken: Nach 1945. Die Gründung der Ulmer Volkshochschule durch Inge. Ein sehr guter Name damals und auch heute noch in Deutschland. Dort trafen sich die Danachdenker, die Nachdenker, die Dichter und Lehrer, die nicht resignierten, die Lehren für sich und andere gezogen hatten.

Die Gründung der „Geschwister Scholl-Stiftung“, die die Hochschule für Gestaltung in Ulm ermöglichte, in der sie zusammen mit ihrem Mann Otl Aicher an der Neugestaltung - wörtlich - arbeitete. Jetzt gibt es eine Ausstellung, die durch Deutschland geht über diesen großen Versuch, der von Filbinger finanziell abgewürgt wurde.

Keiner aus dem Kreis der Weißen Rose hat die Erfahrung des Nationalsozialismus so weiter geschaffen und gegeben wie Inge. Sie tut es mit einer sanften Radikalität, beharrlich, mit leiser Stimme. Was sie tut, ist kaum aufzuzählen. In Mutlangen vor den Raketendepots demonstrierend, Tschernobyl als das Menetekel für uns bezeichnend, Briefe schreibend an die über 70 Geschwister Scholl-Schulen im Land, das Archiv der Geschwister Scholl-Stiftung aufbauend, protestierend gegen die Gleichmacheridee des „nationalen Mahnmals“, ein Haus des deutschen Widerstands fördernd, mit der Weißen Rose-Stiftung Verstehen mit den Juden suchend.

Aber auch: Sie wendet sich bei aller Arbeit jedem direkt zu, mit dem sie redet. Hat nichts anderes im Kopf. Kinder -meine zum Beispiel - lieben sie, freuen sich, wenn sie hier ist.

Im Mai 1984, dem „Bitburg-Mai“, treffen wir Überlebenden der Weißen Rose amerikanische Juden, die manche zum erstenmal seit ihrer Flucht wieder in Deutschland und hier in München sind. Wir schämen uns der Tränen nicht als diese Menschen von ihrem Schicksal erzählen. Inge, die mit dabei ist, sagt: „Wir haben zu wenig getan, damals, wir haben nicht genug getan.“

Inge sagt das, Inge Aicher-Scholl.

(-/10.8.1987/rs/ks)

* * *

